

Erwiderung zu POLIS Nr. 1/2009, Verbandspolitische Rundschau, S. 31: Beitrag „Rheinland-Pfalz, Mitgliederversammlung am 1. September 2008“

In seinem Bericht von der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz am 1. September 2008 stellt Hans Berkessel, 1. Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der DVPB, bezüglich der Aufkündigung seiner Mitarbeit an der bayerischen Landeszeitschrift FORUM POLITIKUNTERRICHT und der von ihm erwirkten Beendigung des seit 2005 bestehenden FPU-Abonnements für die Mitglieder des LV Rheinland-Pfalz Behauptungen auf, die nachweislich falsch sind.

1. Kollege Berkessel behauptet, dass „die Kooperation mit dem Landesverband Bayern und seiner Landeszeitschrift FPU (...) wegen andauernder Differenzen und einer ‚Vergiftung des Klimas der Zusammenarbeit‘ (...) eingestellt“ wurde.

Hierzu stelle ich als verantwortlicher Redakteur von FPU ausweislich der – jederzeit einsehbaren – Korrespondenz zwischen Herrn Berkessel und der FPU-Redaktion mit Nachdruck fest, dass sich Kollege Berkessel ab Sommer 2006 des Öfteren nicht mehr in der Lage sah, die mehrmals ihm mitgeteilten FPU-Redaktionsschlüsse einzuhalten.

2. Von einer „Minimierung des zur Verfügung gestellten Platzes“ (für Beiträge aus dem LV Rheinland-Pfalz) seitens der FPU-Redaktion kann absolut keine Rede sein. Laut Vereinbarung zwischen Herrn Berkessel und Prof. Dr. Peter Hampe, Vorsitzender des LV Bayern der DVPB, waren für Aufsätze, Berichte, Meldungen, Nachrichten etc. des LV Rheinland-Pfalz jeweils fünf Seiten für jedes FPU-Heft reserviert. Nur: Kollege Berkessel hat diese fest eingeplanten Seiten spätestens ab FPU 2/06 entweder nicht gefüllt oder Artikel – meistens weit nach Redaktionsschluss – häufig in einem „Rohzustand“ geliefert, der für den FPU-Redakteur einen erheblichen zusätzlichen und letztlich unzumut-

baren Zeit- und Arbeitsaufwand des Redigierens erfordert hätte.

3. Von einer „Einschränkung der Mitsprachemöglichkeit bei der inhaltlich-thematischen Planung“ bei FPU, wie Herr Berkessel weiterhin in POLIS behauptet, kann ebenfalls keine Rede sein. Kollege Berkessel hat innerhalb von vier Jahren keinerlei Vorschläge für Schwerpunktthemen beige-steuert, geschweige denn – außer bei FPU 1/06 und FPU 1/07 – bei der „inhaltlich-thematischen Planung“ aktiv mitgewirkt.

4. Die Mitglieder des Vorstandes des LV Rheinland-Pfalz wurden von mir in Briefen vom 23.7.2008 (also bereits vor der Mitgliederversammlung vom 1.9.2008) und am 3.1.2009 über die in Punkt 1 und Punkt 2 dargelegten Probleme unterrichtet und um Abhilfe gebeten.

Trotz der jahrelangen Frustrationen des FPU-Redakteurs ist die

bayerische Landeszeitschrift auch weiterhin gerne bereit, mit dem LV Rheinland-Pfalz zu kooperieren, wie es mit dem LV Sachsen immerhin seit 1990 und mit dem LV Thüringen seit 2006 bestens und reibungslos funktioniert.

Nur: Kollege Berkessel – oder ein anderes Mitglied des rheinland-pfälzischen Landesverbandes – muss die Zwänge einer Zeitschriftenherstellung und die Einhaltung von Terminen sowie des vereinbarten Umfangs von Manuskriptseiten verbindlich auch akzeptieren. So einfach wäre das, ohne den DVPB-Mitgliedern in Rheinland-Pfalz bei der Mitgliederversammlung vom 1. September 2008 die richtigen Fakten vorzuenthalten und die o.g. Anschuldigungen und wahrheitswidrigen Behauptungen nun auch noch in POLIS 1/09 bundesweit zu verbreiten!

München, 29.4.2009
Hannes S. Macher
(Redakteur FORUM POLITIK-UNTERRICHT)

Schleswig-Holstein



„Aspekte jüdischen Lebens heute“

Kooperationsseminar des Landesverbandes mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Jüdischen Gemeinde in Bad Segeberg

Das Programm sprach Lehrer und Schüler gleichermaßen an. Neben Referaten zu Ursachen und Erscheinungsformen des modernen Antisemitismus wurde auch Einblick gegeben in die Inhalte jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein. Walter Blender, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Bad Segeberg und Mitglied im Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland, berichtete anschaulich und informativ über die Arbeit in der Bad Segeberger Gemeinde, die knapp 200 Mitglieder zählt. Für sein Engagement für das jüdische Leben erhielt der 47-jährige Familienvater und Kripo-Beamte aus Groß

Rönnau Ende April das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens. In Bad Segeberg gibt es seit 2007 eine Synagoge, die mit großem ehrenamtlichem Einsatz der Gemeindeglieder aufgebaut wurde. Unser Landesverband wird auch im kommenden Jahr wieder ein Seminar zu dieser Thematik anbieten. Dabei hat es sich sehr bewährt, mit einer jüdischen Gemeinde zusammen zu arbeiten und deren Räumlichkeiten als authentischen Ort der Vermittlung zu nutzen.

Im Rahmen einer offenen Mitgliederversammlung hat sich der Landesverband außerdem mit der Situation des Faches Wirtschaft/Politik an Gymnasien befasst. Gastredner war Dr. Andreas Groh, hauptamtlicher Studienleiter am Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH). Angesichts von Profileroberstufe und Abitur nach acht Jahren gilt es, die Stellung des Faches zu stabilisieren. Es zeigt sich aber, dass die Schü-

lerinnen und Schüler großes Interesse daran haben – eine gute Voraussetzung, um das Fach weiter auszubauen. Sorge bereitet der Wettstreit der Bundesländer um den Lehrernachwuchs. Schleswig-Holstein verliert viele Jung-Lehrer an benachbarte Bundesländer, weil dort bessere Besoldung und schnellere Verbeamtung geboten werden. Der Wettbewerbsföderalismus geht somit nicht zugunsten unseres finanzschwachen Landes aus.

Keine Neuigkeiten gibt es leider in Sachen Neubesetzung der Leitung unserer Landeszentrale für politische Bildung: Obwohl die Vorstellungsgespräche längst abgeschlossen sind, vermochte es die Staatskanzlei bislang nicht, eine Entscheidung zu treffen. So spart man Monat für Monat Geld, schwächt aber auch die politische Bildung – ein politisches Trauerspiel! Mehr dazu an dieser Stelle im nächsten Heft.

Annette Wiese-Krukowska

Bayern



Jahrestagung der DVB in Tutzing: 23. – 25.10.2009

Tagungsort ist die Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Das Thema der Veranstaltung ist der politischen Geschichte Deutschlands nach 1945 gewidmet. Die Gleichung „40 + 20 = 60“ soll als thematische Chiffre auf die zuerst getrennte Entwicklung der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR hinweisen. Seit 1989 können die Deutschen nun auf – zumindest im staatsrechtlichen Sinne – gemeinsame Geschichte zurückblicken und von daher eine Gesamtsicht auf 60 Jahre deutsche Nachkriegsentwicklung wagen. Ein detaillierter Programmhinweis wird in der nächsten Ausgabe von „Forum Politikunterricht“ veröffentlicht.

Im Rahmen dieser Tagung findet am Freitag, den 23.10.2009 die Mitgliederversammlung mit Neuwahlen statt.

Prof. Dr. Peter Hampe
(Landesvorsitzender)

Rheinland-Pfalz



10. Tage der Politischen Bildung Rheinland-Pfalz

Die Renaissance der Politik in der Krise der Ökonomie - Wieviel Staat verträgt die Wirtschaft?

1./2. Oktober 2009 in Landau

Ort: Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus Landau
Luitpoldstraße, 76829 Landau
Tel: 06341 86093

Leitung: EFWI-Direktor Dr. Günter Geisthardt, EFWI Landau in Zusammenarbeit mit StD Hans Berkessel, (DVPB, LV Rheinland-Pfalz), Akad. Rat Dr. Helge Batt (Universität Koblenz-Landau), PD. Dr. Una Patzke (Landeszentrale für politische Bildung)

Die Tage der Politischen Bildung finden in Kooperation mit dem Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstitut der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz (EFWI), dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau (Campus Landau) und der Landeszentrale für politische Bildung statt. In diesem Jahr ebenfalls beteiligt ist die Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT.

Dass der Staat 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme wieder als entscheidender Akteur auf dem Feld der Ökonomie auftritt, zählt zu den für die politische Analyse spannendsten Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Jenseits der Debatten über Notwendigkeit, Rechtfertigung, Sinn oder Unsinn einzelner Interventionen in das Wirtschaftssystem bis hin zur Verstaatlichung stellt sich die Frage nach dem einer (post-)modernen Demokratie angemessenen Verhältnis von Politik und Ökonomie unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus.

Nach Beiträgen aus Wissenschaft und Unternehmen widmet sich die Veranstaltung der Frage, wie das Verhältnis von Politik und Ökonomie zum Gegenstand insbesondere eines handlungs- und projektorientierten Unterrichts werden kann. Dazu dienen Arbeitsgruppen und Workshops sowie Projektpräsentationen aus der schulischen Praxis. Eine Podiums-

diskussion mit Politikern lenkt den Blick auf die konkreten Möglichkeiten, auf Landesebene auf die Krise zu reagieren.

Geplanter Ablauf

Donnerstag, 1. Oktober 2009

09.00 Uhr: Offener Beginn mit Kaffee und Gesprächen

09.30 Uhr: Begrüßung und Einführung in Tagungsthema und Verlauf (Dr. Geisthardt/Dr. Batt/Berkessel)

10.00 Uhr: Politik und Ökonomie – Wo bleibt die Demokratie? Prof. Dr. Manfred Schmidt, Politikwissenschaftler, Universität Heidelberg – Vortrag mit anschließender Diskussion

11.15 Uhr: Wirtschaft und Politik im globalen Wettbewerb – eine Unternehmenssicht

Dr. Dirk Hannowsky, Wirtschaftswissenschaftler, Geschäftsführer der Landesvereinigung Rheinland-Pfälzischer Unternehmerverbände e. V. (LVU) – Vortrag mit anschließender Diskussion

14.00 Uhr: Arbeit in parallelen Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

AG 1: Entgrenzte Welt – das globale Wirtschaftssystem als politische Herausforderung
Prof. Dr. Claus-Heinrich Daub/N.N., FH Nordwestschweiz, Moderation: Timo von Schwilchow, DVPB

AG 2: Arm trotz Arbeit? – Mindestlöhne in der politische Diskussion
[„Interventionsmöglichkeiten des Staates in die Wirtschaft“]
Frank Langner, Fachleiter Sozialwissenschaften Stud.Sem. Bonn Moderation: Norbert Gras, DVPB

AG 3: Planspiele im politisch-ökonomischen Unterricht
Dr. Heinz Klippert, EFWI Landau Moderation: Uwe Franke, DVPB

16.00 Uhr: Fortsetzung der Arbeit in Arbeitsgruppen – Wechsel der AGs

AG 4: Zugänge zum Thema Wirtschaft im Sozialkundeunterricht – Rahmenbedingungen, Richtlinien und Praxiserfahrungen in Ausbildung und Unterricht

Rainer Kohlhaas, ehem. Fachleiter Sozialkunde Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien, Bad Kreuznach; Moderation: Bettina Anslinger-Weiss, DVPB

AG 5: Planspiele im politisch-ökonomischen Unterricht

Dr. Heinz Klippert, EFWI Landau; Moderation: Ulrike Westerbürg, DVPB

AG 6: Soziale Marktwirtschaft im Wandel – Projektdidaktik und Projektunterricht im Bereich der ökonomisch-politischen Bildung (AT)
Prof. Dr. Eberhard Jung, Ökonomie und ihre Didaktik, PH Karlsruhe; Moderation: Klaus Barheier, DVPB

AG 7: „Marktwirtschaft gleich Marktwirtschaft?“
Dr. Helge Batt, Institut für Politikwissenschaft, Universität Koblenz-Landau

19.00 Uhr: Mitgliederversammlung des Landesverbands Rheinland-Pfalz der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) e.V.

21.00 Uhr: Gemütliches Beisammensein – Ausklang des Seminars

Freitag, 2. Oktober 2009
09.00 Uhr: Ökonomische Krise und Staatsverschuldung in der Karikatur ...
Prof. Dr. Klaus-Dieter Diller, Wirtschaftswissenschaftler, Universität Koblenz – Vortrag mit anschließender Diskussion

11.00 Uhr: Schüler/innen einer Schule aus Rheinland-Pfalz stellen ein Projekt zur ökonomisch-politischen Bildung vor – Demonstration mit anschließender Diskussion
Bettina Anslinger-Weiss, Fachleiterin Sozialkunde, LA Gymn. Speyer; N.N., Schüler/innen der o.g. Schule

14.00 Uhr: Die ökonomische Krise und die Reaktion der Politik Podiumsdiskussion mit Abgeordneten des Landtags Rheinland-Pfalz
N.N., Abgeordnete des Landtags Rheinland-Pfalz; Moderation: Dr. Una Patzke, Landeszentrale für politische Bildung

15.30 Uhr: Ende der Tagung

Vierter Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der Landesregierung Rheinland-Pfalz (Staatskanzlei u. Bildungsministerium) und zahlreichen weiteren Organisationen

„Mitgestalten und Mitverantworten – Partizipation als Qualitätsmerkmal guter Schulen in Rheinland-Pfalz“

Mittwoch, 7. Oktober 2009, 8.30 bis 16.00 Uhr, Regionalschule Erich Kästner, Ransbach-Baumbach

Vorläufiges Programm

8.30 Uhr: Offener Beginn: Anmeldung, Ausstellungsaufbau, Gespräche, Kaffee und Snack
Ort: Stadthalle Ransbach-Baumbach

9.30 Uhr: Musikalischer Auftakt: Schüler-Rap zur Demokratie; Schüler mit Demokratie-Bauchladen, Plakate...

10.00 Uhr: Begrüßung durch den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz – Gesprächsrunde zur Vorstellung der Repräsentanten

10.30 Uhr: Hauptvortrag zum Thema „Was macht eine gute Schule aus?“
Prof. Dr. Peter Fauser, Universität Jena

11.30 Uhr: 10 parallele Foren (erste Runde)
Ort: Erich-Kästner-Schule

14.00 Uhr: 10 parallele Foren (zweite Runde)

15.15 Uhr: Abschluss mit Improvisationstheater; Ort: Stadthalle

16.00 Uhr: Ende der Tagung, Verabschiedung

Foren (bisherige Vorschläge)

Forum 1: Demokratische Institutionen in der Schule: Klassenrat (vormittags) & Schulparlament (nachmittags)

Forum 2: Kommunikations- und Konflikttraining: ICH, DU, WIR

Forum 3: Orientierungsrahmen Schulqualität: Partizipation und Schulqualität. Preisträger des Deutschen Schulpreises (vormittags) & des Wettbewerbs Schul-

qualität (nachmittags) stellen ihre Arbeit vor

Forum 4: Feedback-Kultur als Teil des Schulprogramms

Forum 5: Beteiligungskultur mit Jugendlichen in der Kommune: Partizipationspreis RLP

Forum 6: Prävention gegen Rechtsextremismus

Forum 7: Kinderrechte in Schule & Kommune

Forum 8: Demokratie-Museum mit Bezug zu den Jubiläen

Forum 9: Elternarbeit

Forum 10: Peergroup-Projekte am Beispiel SAMS

Forum 11: Schulleitung an partizipationsorientierten Schulen

Forum 12: Schule & jugendl. Engagement in der Kommune

Fortbildungsveranstaltung für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen der Sekundarstufen I und II in Kooperation mit dem ILF Mainz

„Trabbi, Stasi, Montagsdemo“ Die DDR in Wissenschaft und Unterricht

26./27. November 2009

Erbacher Hof, Mainz

ILF-Nr. 921 406 201

60 Jahre nach der Gründung der DDR, 20 Jahre nach der Wiedervereinigung wissen Schülerinnen und Schüler neuesten Erhebungen zufolge kaum mehr etwas über den „zweiten deutschen Staat“. Auch in

der öffentlichen Rezeption und Diskussion verschwimmt das Bild der DDR zunehmend: Während die einen wieder „gute Seiten“ an der DDR entdecken wollen, kämpfen Opfer der SED-Diktatur um Gehör und die Folgen des Einigungsprozesses werden zunehmend kritisch diskutiert.

Vor diesem Hintergrund will die Fortbildungsveranstaltung für rheinland-pfälzische Lehrerinnen und Lehrer den aktuellen Stand der historischen Forschung zur DDR resümieren und Hilfestellungen für die schulische Vermittlung des Themas geben. Dabei werden ausgewiesene Historiker, Zeitzeugen, Didaktiker und Schulpraktiker zu Wort kommen.

Referenten:

StD Hans Berkessel, Reg. Fachberater Geschichte, DVPB Prof. Dr. Michael Kißener, Universität Mainz

PD Dr. Hans-Christian Maner, Universität Mainz

Teilnehmer/innen: Geschichts-/Sozialkunde- und Gesellschaftslehre-Lehrer/innen der Sekundarstufe I und II

Fachbereichsleiter: Dr. Jürgen Kost, ILF Mainz

Hinweis: Beginn: 26.11.09, 09.30 Uhr, Ende: 27.11.09, 17.00 Uhr

*Hans Berkessel,
Vorsitzender des
LV Rheinland-Pfalz*

Niedersachsen

Europa-Tag der Schulen

Im Vorfeld der Europa-Woche richteten die DVPB-Niedersachsen, die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Nord gGmbH und Civic – Institut für Internationale Bildung vom 27. bis zum 30. April in Osnabrück vier Schulprojekt-tage aus. Beteiligt waren Klassen der Berufsschule in Osnabrück-Haste und der BBS am Pottgraben sowie je eine Klasse des Graf-Stauffenberg-Gymnasiums sowie der Gesamtschule Schinkel. Die jeweils 20 bis 25 Schülerinnen und Schüler ab der 10. Klasse hatten sich in die Rolle von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, des Rats der Europäischen Union, der Europäischen Kommission, des Wirtschafts- und Sozialausschusses oder der europäischen Medien hinein zu versetzen und im Rahmen eines Mitentscheidungsverfahrens „echte“ Politik zu simulieren.

Das Planspiel der Forschungsgruppe Jugend und Europa (www.fgje.de)¹ des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München steht unter dem Titel „Europas Klima wandeln“.² Die hehren Beschlüsse des Europäischen Rats vom Frühjahr 2007 unter der Führung der deutschen Kanzlerin Angela Merkel warten im Szenario des Planspiels noch auf ihre gesetzliche Umsetzung.

Der Richtlinien-Vorschlag der Kommission, bereits abgestimmt mit den Pro-Energie und Green-Europe-Vertretern im Wirtschafts- und Sozialausschuss, geraten in den politischen Streit zwischen Rat und Parlament: Welche Energieformen soll Europa in Zukunft ha-

ben, ab wann reichen Erneuerbare aus, wie kann Energiesparen organisiert werden und was wird aus der Atomenergie?

Die Schülerinnen und Schüler haben sich über einen Tag sehr intensiv und kontrovers mit einer äußerst komplexen Materie auseinandergesetzt. Dass Fragen dabei offen blieben, ist kein Misserfolg, sondern eine produktive Irritation und ein Ziel des Planspiels! Sowohl persönlich, für die einzelnen Schülerinnen und Schüler, als auch schulisch mit den Lehrerinnen und Lehrern, die den Europa-Tag ihrer Lerngruppe begleitet haben, können so Klima- und Energiefragen – neu motiviert – erschlossen werden. Und wie nebenbei wurde das Regelwerk der EU-Organen in seiner Praxis erlernt. So macht es Sinn, die vorab erarbeitete, gegenseitig präsentierte und dabei hinterfragte Institutionenkunde durchgegangen zu sein. Wortwörtlich „Durchgegangen“, denn die Plakate der Schülerinnen und Schüler zu den EU-Organen, wurden in Expertenzirkeln selbstständig besprochen und erläutert.

Die Ergebnisse der vier Klassen sind so vielfältig ausgefallen, wie das Leitwort der EU suggeriert: „In Vielfalt geeint.“ Der Referent Markus W. Behne, Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Agora Politische Bildung der Universität Oldenburg und Dozent des Civic-Instituts für internationale Bildung in Düsseldorf, brauchte „nur“ auf den Ablauf achten zu geben und die Ergebnisse der Schülergruppen mit der EU-Realität zu vergleichen. Die Schülerinnen und Schüler trauten sich übrigens nur selten,



die EU-Klimaziele zu überbieten. Sorge um die wirtschaftlichen Möglichkeiten bremste ihren Klimaschutzzeifer.

Europa – Herausforderungen für die Zukunft

Am 24. September findet der 17. Niedersächsische Tag der Politischen Bildung im Contigebäude der Leibniz-Universität Hannover statt. Diesmal stehen Zukunftsfragen der Europäischen Union im Fokus – drei Tage vor der Bundestagswahl. Im Juni wurde das neue Europäische Parlament gewählt, im September tritt es zur konstituierenden Sitzung zusammen, im Oktober wählen die Europaabgeordneten die neue Europäische Kommission. Immer noch nach dem Modus des alten, ungeliebten Nizzaer Vertrags. Wie soll es also weitergehen mit der Europäischen Integration, mit den Menschen in ihrem Europa, mit Europa in einer Welt voller Probleme? Herausforderungen, die der Hauptreferent Parlamentspräsident Prof. Dr. Pötering aus seiner langjährigen Erfahrung im Europäischen Parlament reflektieren wird.

Und wie geht es weiter mit der europapolitischen Bildung? Die Referentinnen und Referenten setzen sich mit Themen auseinander, die Schule direkt betreffen. Die thematischen Schwerpunkt-vorträge des Vormittags werden von Prof. Dr. Detjen und Dr. Ragna Müller bestritten. Sie werfen die großen didaktischen Fragen auf, wie kompliziert ist inzwischen die Europäische Union und wie kann man – trotzdem – europäische Integration vermitteln?

Der Nachmittag ist den Workshops und Diskussionen mit Impulsreferaten vorbehalten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich zusammen finden in kleineren Runden, um Planspiele und Peer-Group-Education, das soziale Europa und Arbeitschancen junger Europäerinnen und Europäer, europäische Standard-Entwicklung für die Politische Bildung, Europa-Abgeordnete in die Schulen, das Europäische Informationszentrum Hannover oder die Frage „Europa – was geht mich das an?“ zu untersuchen. Geleitet werden die Vorträge und Workshops von Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland.

Besonderes Augenmerk dürfte auch das Begleitprogramm im Foyer finden. Hier stellen unterschiedliche Schulen und Bildungsträger europapolitische Angebote vor. Von Comenius-Schulprojekten über den Europäischen Austauschdienst, bis hin zu grenzüberschreitenden außerschulischen Lernorten.

Partner des Tags der Politischen Bildung 2009 sind das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, das sich auch inhaltlich beteiligt, und die Nord-LB.

*Markus W. Behne, M.A.
1. Vorsitzender*

Anmerkungen

- 1 Das Planspiel sowie Referentinnen und Referenten des Juniorteams können nachgefragt werden bei: schmitt@fgje.de.
- 2 Lah, Oliver/Rappenglück, Stefan/Mitarbeit: Schmitt, Bettina 2007, Europas Klima wandeln. Europas Energieversorgung nachhaltig gestalten – ein Planspiel zum Gesetzgebungsverfahren in der Europäischen Union, München.



Brief des Landesvorsitzenden der DVPB an das Ministerium für Schule und Weiterbildung

Bielefeld, den 05.05.2009

Bezug: Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr vom 29.10.2008

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer,

die DVPB-NW e.V. begrüßt, dass mit der o.g. Kooperationsvereinbarung der Thematik Friedens- und Sicherheitspolitik in der politischen Bildung an Schulen ein grundsätzlicher und bedeutender Stellenwert zugeschrieben wird.

Die DVPB-NW e.V. begrüßt auch die damit verbundene Intention, in den Schulen mehr Informationen über die Bundeswehr und über sicherheitspolitische Fragestellungen, die über die nationalen Grenzen hinausweisen, anzubieten.

Darüber hinaus begrüßt die DVPB-NW e.V. die getroffenen Vereinbarungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung und die Kooperation mit Schulabteilungen der Bezirksregierungen und dem Ministerium, das entsprechende Bildungsangebote der Bundeswehr auch im Amtsblatt veröffentlichen möchte.

Die DVPB-NW e.V. hält dies jedoch im Hinblick auf die existenzielle und fundamentale Bedeutung der Frage nach Krieg und Frieden für nicht ausreichend.

Im Folgenden einige Erläuterungen dazu:

Nach dem Ende des Ost-West Konflikts haben Kriege und kriegsverhütende Maßnahmen, bei denen die Bundeswehr beteiligt war und ist, zugenommen. Dabei haben sich die Bedrohungsszenarien und Gefährdungspotentiale weltweit aber auch in Bezug auf die Sicherheit der Bürger der Bundesrepublik gewandelt. Zugleich haben die zentralen Fragen der Friedens- und Konfliktforschung neue Bedeutung erhalten, u.a.:

- Was sind die Ursachen von individueller und kollektiver Gewalt?
- Gibt es einen gerechten Krieg?
- Welche Wege der Kriegsverhütung und nachhaltige Friedensicherung gibt es und welche sind im Sinne eines positiven Friedens wirksam?

Bei der Thematisierung solcher Fragen in der schulischen politischen Bildung, also insbesondere im Politikunterricht, sind unabdingbar auch die Möglichkeiten der Friedenssicherung und Konfliktverhütung mit zivilen und gewaltfreien Mitteln zu berücksichtigen. In den Krisenregionen der Welt leisten lokale und regionale Friedensinitiativen, soziale und zivile Aufbauhilfen und Aktionsbündnisse einen oft übersehenen, aber dennoch unschätzbaren Beitrag zur Friedenssicherung.

Angesichts der Vielzahl der nicht auf militärischem Wege lösbaren Konflikte auf der Welt ist ziviles und gewaltfreies Engagement oftmals der einzig erfolgreiche Weg, Frieden zu erhalten und zu sichern.

Diese wenigen kurzen Erläuterungen zeigen auf, dass nicht nur die Bundeswehr einen gewichtigen Stellenwert bei Information und Darstellung sicherheits- und friedenspolitischer Fragestellungen in Schule und Unterricht spielen sollte. Ebenso ist Vertretern von Friedensinitiativen und anderen zivilen Organisationen Gelegenheit zu geben, zu Fragen der der Kriegs- und Konfliktverhütung in Schule und Unterricht zu informieren und Stellung zu beziehen. Dies ist alleine schon wegen des Neutralitätsgebotes („Beutelsbacher Konsens“) geboten.

Neben der verfassungsmäßigen Stellung der Bundeswehr und ihrer Bündnisverpflichtungen kann und soll das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4.3 GG und in diesem Zusammenhang der Zivildienst als Alternative zum Wehrdienst in Schule und Unterricht zur Sprache kommen. Auch dies ist für die politische Bildung alleine schon wegen des Neutralitätsgebotes unabdingbar.

Die DVPB-NW e.V. schlägt daher vor, mit einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung die Schulen ausdrücklich darauf hinzuweisen und zu empfehlen, dass Vertreter von Friedensorganisationen, Angehörige ziviler Aufbau- und Entwicklungsprojekte und anderer nichtmilitärischen Einrichtungen in die schulische politische Bildung einzubeziehen sind. Diesen Organisationen ist es auch zu ermöglichen, über die zuständigen Stellen des Ministerium Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu veröffentlichen und in diesen Bereichen tätig zu werden. Im Sinne des Neutralitätsgebotes bietet sich zwingend an, eine Kooperationsvereinbarung nicht nur mit der Bundeswehr, sondern auch mit zivilen friedenspolitischen Organisationen zu schließen.

In der Hoffnung, dass Sie diesen Vorschlag wohlwollend prüfen.

Mit freundlichen Grüßen für die DVPB NW e.V.

gez.
Prof. Dr. Stephan Thomas
Landesvorsitzender

Baden-Württemberg



Tagungsbericht: Umsetzung der GWG- Standards in Klasse 9/10

Vom 26. – 27.1.2009 fand in Bad Urach im Haus der Landeszentrale für politische Bildung eine Tagung zur Umsetzung der GWG-Standards in Klasse 9/10 statt.

Der SWL begleitet seit Beginn der Bildungsreform in Baden-Württemberg im Jahr 2004/5 die Umsetzung der Standards Politik und Wirtschaft sowie die Entwicklung des Fächerverbundes GWG mit Tagungen.

30 KollegInnen aus 30 Schulen aller Regierungsbezirke Baden-Württembergs sind in Bad Urach im Haus auf der Alb zusammengesessen um sich über die Umsetzung des Fächerverbundes GWG auszutauschen und um Anregungen zur Weiterentwicklung von GWG in Klassenstufe 9/10 zu erhalten und zu diskutieren.

Im ersten Teil sah das Tagungsprogramm einen Rückblick auf das erste Jahr mit GWG-Unterricht (Klassenstufe 8) vor.

Befriedigend – Ausreichend (3-4)

Dies könnte die in einer Schulnote ausgedrückte Bewertung des ersten Jahres sein.

Die Bestandsaufnahme wurde unter den Perspektiven Kooperation, Organisation sowie Didaktik-Methodik vorgenommen. In allen drei Bereichen gelingt die Umsetzung noch nicht gut.

Beispiel Kooperation

Der Fächerverbund GWG sieht eine enge Zusammenarbeit zwischen den Fächern Gemeinschaftskunde und Geografie vor. Wir mussten allerdings bei unserer Befragung feststellen, dass diesbezüglich das Spektrum von mangelnder Kooperationsbereitschaft über sporadische Kooperation bis zur Feststellung von Animositäten zwischen den Fach-

schaften Geografie und Gemeinschaftskunde reicht. Zudem wird als Manko empfunden, dass die Unterstützung des Fächerverbundes durch die Schulleitungen nicht immer in hinreichender Form gewährleistet ist. Die Bereitschaft sich auf das Integrative Modul einzulassen wurde als gering eingestuft. Diesem negativen Bild der Mehrheit der Anwesenden stehen einige positive Erfahrungen gegenüber. Dabei wurden vor allem die Synergieeffekte bei gelungener Kooperation hervorgehoben, die Verhinderung von Dopplungen in den Fächern sowie gemeinsame Planung und Durchführung des integrativen Moduls.

Beispiel Organisation

Auch hier bot sich ein zweiseitiges Bild. Es gibt viele Schulen, an denen das integrative Modul bisher noch gar nicht stattgefunden hat! Bemängelt wurden ferner fehlende Informationen und Fortbildungen zu diesem Thema und schulische Rahmenbedingungen, die die Zusammenarbeit erschweren oder gar unmöglich machen. Positiv dagegen ist dargestellt worden, dass an einigen Schulen gemeinsame Fachkonferenzen für Politik und Geographie stattfinden, dass es die Einrichtung von GWG-Tagen gibt und dass einige wenige Schulleitungen die Stundenpläne so gestalten, dass sowohl das integrative Modul gut eingebaut werden kann als auch Team-Teaching möglich ist.

Beispiel Didaktik-Methodik

Zwei niederschmetternde Zitate zu Beginn: „Wir machen alles so, wie wir es schon immer gemacht haben.“ „Der nächste Lehrplan kommt bestimmt.“ Als große didaktische Herausforderung wurde der Unterricht in der für GemeinschaftskundekollegInnen neuen Jahrgangsstufe 8 empfunden. Die Einstellung auf das Niveau der Altersgruppe wird als schwierig angesehen, fehlende Fortbildungen werden in diesem Bereich besonders moniert. Die Umorientie-

rung auf den standardbasierten Lehrplan ist offensichtlich in vielen Köpfen noch nicht angekommen. Von wenigen Anwesenden wurde angemerkt, dass einige der neuen Schulbücher sich bewährten, dass man fachspezifische Methoden des jeweils anderen Faches kennenlernte und einige methodisch-didaktische Herangehensweisen auf das je andere Fach übertragbar seien.

Fazit der Bestandsaufnahme: Es gibt noch viel zu tun!

Ein Anfang dazu wurde im zweiten Teil der Tagung gemacht.

Frau Daniela Heinzeller (Deutschorden-Gymnasium, Bad Mergentheim) referierte über die Entwicklung eines Portfolios für den Politikunterricht. Dieses Instrument, das andere Fächer bereits intensiv nutzen, ist gut geeignet, um Schüler im selbstständigen Lernen zu fördern und ihre Methodenkompetenz zu stärken. Mit dem Motto „Ich und die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“ gelang es, zusätzlich unterstützt durch die Einteilung der Aufgaben in einen Pflicht- und einen Wahlbereich, eine persönliche Auseinandersetzung mit dem Thema zu erreichen und einen individuellen Leistungsanreiz zu setzen.

Herr Sven Michael Schmitt (Friedrich-Abel-Gymnasium, Vaihingen/Enz) stellte verschiedene Spiele und Methoden (z.B. Gesetzgebungspuzzle, Mystery, Fishbowl, Erzengelmethode, Ballonspiel, 4-Eckenspiel) vor, die dazu geeignet sind, politikspezifische Kompetenzen wie Handlungs- und Urteilskompetenz zu stärken. Um letzteres zu erreichen schließt sich nach dem Spiel eine Reflexionsphase an, die als ein wesentlicher Bestandteil der Methode zu sehen ist.

Einen besonderen Gewinn bot die Vorstellung eines Integrativen Moduls für Klasse 10. Frau Dr. Halbritter und Herr Seitz (beide Edith-Stein-Gymnasium, Bretten)

haben das Modul zum Themenfeld „Globale Herausforderungen und Zukunftssicherung“ entwickelt: Zukunftsfähige „Stadtentwicklung – Fallbeispiel Bretten“.

Das Modul wurde in 18 Schulstunden durchgeführt, viele Stunden davon fanden im Teamteaching statt. In das Modul integriert waren Vorstellungen der SchülerInnen zu Wohn- und Lebensqualität, eigene Entwürfe zur Stadtplanung, eine Exkursion samt Feldprotokoll in einem alten Wohngebiet der Stadt mit Berechnung von Flächenbedarf pro Einwohner, der Vergleich mit einem neu geplanten Wohngebiet und den dabei angewandten Planungskriterien, ein Expertengespräch mit dem Stadtplaner über die Erschließung von Wohngebieten sowie die Simulation einer Gemeinderatssitzung über alternative Vorschläge zur Nutzung innerstädtischer Flächen.

Das Modul ermöglicht, dass die Klasse Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf städteplanerische Überlegungen beurteilen lernt und das Spannungsverhältnis zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten sowie die damit verbundenen Entscheidungskonflikte reflektieren kann, wie sie eine Stadtentwicklung im Kontext der Agenda 21 kennzeichnen.

Insgesamt war die Tagung ein Erfolg. Es wurde sichtbar, wie es um die Umsetzung des neuen Bildungsplanes steht und es wurde klar, dass Tagungen wie diese durch den Erfahrungsaustausch und durch die Vorstellung neuer Unterrichtskonzepte sowie möglicher Organisationsformen für das integrative Modul sehr hilfreich sind für die praktische Umsetzung des Fächerverbundes GWG.

Beate Thull
Dr. Maria Halbritter